

Erscheint täglich außer Sonntag.  
Eigentlich Wochenzeitung des „Vorwärts“ Organisations- und  
Berater-Zentralrat der D. A. P. des Reichs, 5, 25 D. von Berlin  
(Kassa 47 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im vormitt-  
taglichen Postdruck 2,27 D. einschließlich 40 Pf. Postgebühren  
und 72 Pf. Postbescheidgebühren.

## Spätausgabe des „Vorwärts“

Abonnementpreis: Ein einjähriges Abonnement 30 D.  
Reichsbank- und Postkonten nach Karl-Liebknecht-Verlag  
G. m. b. H., Berlin SW 32. — Der Verlag  
bezieht sich bei der Bestellung nicht auf andere Ausgaben von  
„Vorwärts“ und Expedition: Berlin SW 32, Kladowstr. 3  
Gesamthändler: Döbel (A 7 020-027)

# SA.: Banditen wüten!

## Hitler ist grenzenlos stolz auf sie / Ueberfälle auf sozialdemokratische Zeitungen / Neue SA.: Bluttaten / Raubüberfälle

**Chemnitz, 15. April. (Eigenbericht.)**

Im Zusammenhang mit den Tumulten in Chemnitz am Donnerstagabend verdient hervorgehoben zu werden, daß die Chemnitzer Naziführer alles getan hatten, um die Hakenkreuzbanden aufzupuffen. So wurden in den zeitigen Nachmittagsstunden von den Fenstern des Brauereihauses, das im Zentrum der Stadt liegt, Ansprachen gehalten, deren Sinn war,

daß die SA. sich von niemandem verbieten lasse.

Dann wurde noch das Horst-Wessel-Lied durch Lautsprecher vom Fenster herab gespielt. Die Wirkung blieb nicht aus. In der dritten Nachmittagsstunde

wälzte sich eine Kolonne von etwa 200 Mann nach der „Volkstimme“.

Wie aber von dem herbeigerufenen Ueberfallkommando auseinandergetrieben wurde. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. In der achten Abendstunde kam die Kolonne in einer Stärke von über 400 Mann wieder. Unter den Rufen „Brüning verrecke“ und „Schupp verrecke“ versuchten sie das Eingangstor zum Parteisekretariatsgebäude zu kommen, um so in das daneben liegende Grundstück der „Volkstimme“ eindringen zu können.

Zer Angriff wurde von den nach im Betrieb Anwesenden abgeschlagen. Die alarmierte Polizei nahm wiederum Verhaftungen vor.

Nach neun Uhr abends kamen die Banden zum drittenmal. Sie wagten sich aber nicht an die „Volkstimme“ heran, als sie merkten, daß das Gebäude unterdessen von der Polizei besetzt worden war.

### Hakenkreuzfahne mit Stinköl.

**Breslau, 15. April.**

Die Volkspressestelle teilt mit: „In der Nacht zum Donnerstag, den 14. April, hörten Wächter in der Jahrhunderthalle ein verdächtiges Geräusch und beobachteten, als sie sich der Schallrichtung näherten, daß zwei Männer sich nach der Straße zu von der Jahrhunderthalle schnellst entfernt. Durch die sofort von der Polizei vorgenommene Wache wurde auf dem Podest der Jahrhunderthalle eine gefüllte Zinkblechflasche, die mit einer Abreißvorrichtung versehen war, vorgefunden. Bei der weiteren Durchsichtung im Laufe des Tages fand man im Stuppelbau eine zusammengepackte Hakenkreuzfahne sowie Flugblätter auf dem Sims liegend auf. Die Flugblätter enthielten einen Auszug aus dem Programm der NSDAP. Von der Fahne aus führte eine Schnur an der Wasserleitung entlang nach unten, die bis etwa zwei Meter zum Erdboden reichte. Durch einen chemischen Versuch ist festgestellt worden, daß die Flasche mit animalischem Stinköl gefüllt war. Die Fahne war über der Rednertribüne angebracht. Es hat jedenfalls die Absicht bestanden, die Fahne ebenfalls dort unterzubringen und während der Versammlung, in der Ministerpräsident Braun sprach, die Fahne zu entrollen, die Flasche zur Entladung zu bringen und hierbei eine Störung der Versammlung hervorzurufen.“

### Nazi-Angriff auf Braunschweiger Volksfreund.

**Braunschweig, 15. April. (Eigenbericht.)**

Die über das Verbot der SA. wild gewordenen SA.-Leute ziehen jetzt zu allerlei Gewalttaten aus. So meldet der amtliche Polizeibericht, daß in der letzten Nacht ein Kaufmann von einem SA.-Mann, der mit sämtlichen Hakenkreuzzeichen geschmückt war, unter Vorhaltung eines Revolvers bedroht wurde. Dem Kaufmann wurde eine Aktentasche mit Inhalt geraubt. Etwa 100 Nationalsozialisten zogen vor das „Volksfreund“-Gebäude, um dort Raub zu nehmen. Sie griffen den Nachtwächter des „Volksfreund“ an und mißhandelten ihn. Bei der sich entwickelnden Schlägerei wurde wieder scharf geschossen. Ein SA.-Mann schoß seinen Kameraden, den SA.-Mann Anton Berlin, an. Berlin, der einen Rückenstoß erhielt, mußte in das Marinehospit eingeliefert werden.

### Auch in Kiel!

**Kiel, 15. April. (Eigenbericht.)**

Die Nationalsozialisten haben fast jeden Tag Versammlungen angekündigt. Es scheint nun Übung zu werden, daß nach den Versammlungen die Nationalsozialisten in geschlossenen Trupps die Stadt durchziehen und Ueberfälle auf Reichsbannerleute vornehmen. Gestern sprach hier Ruhe. Nach der Versammlung zogen die aufgepufften Jünglinge durch die Straßen, wobei sie auch einen Ueberfall auf das Gebäude der „Volkzeitung“ versuchten. Sie wurden indessen von der Schutzwache der Polizei zurückgedrängt. Ihr einziger Erfolg bestand in einer zertrümmerten Fenster Scheibe.

### Nazistamau in Karlsruher

**Karlsruhe, 15. April.**

Die Zusammenrottungen im Stadttinnern nahmen in den späten Abendstunden des Donnerstag einen verärgerten Verlauf an, daß die Polizei gezwungen war, ganze Straßenzüge im Stadttinnern durch einen starken Polizeikordon abzuriegeln. Auf der Hauptverkehrsader, der Kaiserstraße, wurde jeglicher Verkehr mit Ausnahme des Straßenbahnverkehrs unterbunden. Polizeilüberfallwagen und berittene Polizeimannschaften jagten durch die Straßen. Die nach Tausenden zählende Menschenmenge wurde in die Seitenstraßen abgedrängt, wobei fast überall vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. Mehrere Personen wurden verletzt und eine große Anzahl verhaftet.

### Auch in Krefeld lärmen Nazi-Lümmels.

**Krefeld, 15. April.**

Vor der Großdeutschen Buchhandlung sammelten sich gestern gegen 19 Uhr Nationalsozialisten an die vorbeiziehende Polizeibeamten mit Schmähschreien beschimpften. Als Beamte des zuständigen Polizeireviers einschritten, veranstalteten die Nationalsozialisten Kundgebungen gegen die Beamten. Sie beschimpften den Reichsführer Dr. Brüning und den preußischen Innenminister Severing. Die Kundgebungen setzten sich den ganzen Abend über fort. Die Polizeibeamten mußten mehrmals die Rhein- und Hochstraße säubern und mehrere Festnahmen vornehmen. Kurz vor 10 Uhr abends zog ein nationalsozialistischer Trupp vor die Wohnung des Regierungsrats Boh, des ständigen Vertreters des Polizeipräsidenten, der allerdings nicht anwesend war, lärmte und warf mit einem Ziegelstein ein Fenster des beleuchteten Zimmers ein, in dem sich Frau Boh befand. Nach der Tat ergrißen die Burischen schnellst die Flucht.

### 2000 SA.-Ausrüstungen beschlagnahmt.

**Düsseldorf, 15. April.**

Die auf Grund der neuen Verordnung angeordnete Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP ist von der hiesigen Polizei völlig reibungslos durchgeführt worden. In der Zeugmeisterei konnten etwa 2000 Ausrüstungen für SA.-Leute sichergestellt werden.

# Wählerinnen und Wähler!

Wollt ihr in Preußen ein Parlament, in dem gebrüllt, gejohlt, gesungen, gepfiffen krakeelt, Radau gemacht und geprügelt wird? Dann wählt Nationalsozialisten oder Kommunisten!  
Wollt ihr aber in Preußen ein Parlament, in dem vernünftig gesprochen und sachlich gearbeitet wird? Dann wählt Sozialdemokraten:  
**Liste 1: Braun-Severing!**

### Im Zeichen des Stinköls.

**Der Stolz des Herrn Hitler.**

„Ich bin grenzenlos stolz, euer Führer zu sein!“ so erklärte Hitler der SA. am Tage nach seiner Niederlage vom 10. April. Der Stolz des Herrn Hitler betätigt sich nach der Auflösung in der ihm eigenen Art — siehe Breslau. Die Hakenkreuzfahne im trauten Verein mit der Stinkölflasche, in diesem Zeichen treten sie auf! Man muß noch das Messer und die Pistole hinzufügen! Mörderische Ueberfälle auf Reichsbannerleute und Arbeiterjugend haben nach der Auflösung bewiesen, daß Hitler tatsächlich stolz auf sie sein kann!

Sie toben jetzt auf den Straßen mit gemeinen Beschimpfungen gegen den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den preußischen Innenminister, sie werfen Fenster ein, und ihre wahre Gesinnung geht aus den Afoateninschriften hervor, mit denen sie die Wände der Nazikaserne verzieren haben.

Hitler ist grenzenlos stolz auf sie, und sie auf Hitler! Auch sie haben Grund dazu! Hitler hat eine Flasche voll animalischen Stinköls eigener Erzeugung nach der Reichsregierung geworfen — im Zeichen der Hakenkreuzfahne. Hitler und die SA. — sie sind einander würdig.

Hakenkreuz und Stinköl — sie gehören zueinander!

### Noch immer SA.-Mord!

**SA.-Mordkolonnen auf der Landstraße.**

Gestern abend ist in Neudorf bei Deutsch-Ehlan eine Versammlung der Eisernen Front gewesen. 70 Reichsbannerkameraden aus Deutsch-Ehlan waren zum Saalshaus dorthin gegangen. Die SA. von Neudorf hat nach Deutsch-Ehlan um Verstärkung der SA. nachgeschickt. Die Versammlung selbst verlief ruhig. Auf dem Rückmarsch begegnete den Reichsbannerleuten die von Deutsch-Ehlan anmarschierende SA. Hierbei wurde unser zurückgebliebener Kamerad Trojan von den Nationalsozialisten zusammengestoßen. Er erhielt einen schweren Augenschuß und einige Stiche im Gesicht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Täter ist verhaftet.

### Waffenfunde bei der SA. und SS. im Regierungsbezirk Arnberg.

**Dortmund, 15. April. (Eigenbericht.)**

Bei der Durchführung der Auflösung der militärischen Formationen der NSDAP. im Regierungsbezirk Arnberg wurden von der Landes kriminalpolizei in den Büros der SA.-Formationen zahlreiche Ausrüstungsgegenstände sowie einige Militärwaffen beschlagnahmt. Unter den beschlagnahmten Ausrüstungsgegenständen befinden sich zahlreiche feldmarschmäßig verpackte Tornister, Stahlhelme, Spaten und Infanteriegewehre. In dem Büro einer SA.-Formation wurde auch eine Ausbildungsvorschrift für die Reichswehr-Infanterie, die erst im Jahre 1931 herausgegeben ist, vorgefunden, die polizeilich sichergestellt wurde.

### Naziüberfall in Wien.

**Ein freisinniger Journalist mißhandelt.**

**Wien, 15. April.**

Chefredakteur Liebinger von der antifaschistischen und stark satirisch gehaltenen „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ ist dieser Tage von einer Nazihand überfallen und mißhandelt worden. Die Täter wurden verhaftet und polizeilich zu acht Tagen Arrest verurteilt; sie werden nach Verbüßung dieser Strafe wegen gefährlicher Drohung, leichter Körperverletzung und Erpressung dem Landesgericht eingeliefert.

# Legalität mit Fragezeichen.

Groeners Antwort auf die Legalitätsschwüre.

Der Brief des Reichsinnenministers Groener an Rechtsanwalt Frank II, mit dem er ihm die Legalitätserklärungen der Naziführer zurückgeschickt hat, hat folgenden Wortlaut:

„Ihren Wunsch entsprechend, sende ich Ihnen die Kopie mit den Legalitätserklärungen von den Führern der NSDAP, die Sie mir mit dem Hauptmann a. D. Goering zusammen übergeben haben, ergebenst zurück.“

Ich glaube, daß es allen diesen Herren mit ihrem Willen zur Legalität durchaus ernst ist. Aber dieser Wille und diese Erklärungen allein genügen nicht, wenn die Partei sich nicht von Dingen befreit, die ihrem Wesen nach illegal sind.

Es ist auf die Dauer ein mit der Staatsautorität nicht zu vereinbarender Zustand, daß die Partei eine militärisch organisierte Sonderarmee unterhält, deren Führer, meist alle Offiziere, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und Befehle zu leisten, diese notwendigerweise mit der Führung und mit den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen müssen.

Eine solche Organisation wird eines Tages die Partei in die Illegalität reißen. Die Legalität der NSDAP wird daher erst dann als eine wirkliche und uneingeschränkte betrachtet werden dürfen, wenn sie von allen derartigen Befehlungen befreit ist.“

Gegenüber gewissen Behauptungen rechtsstehender Blätter, wonach dem SA-Verbot ein Stahlhelm-Verbot demnächst folgen würde, wird von zuständiger Seite erklärt, daß eine Auflösung des Stahlhelms zu keinem Zeitpunkt der Regierungsberatungen auch nur erwogen worden sei. Das gleiche gilt natürlich für das Reichsbanner, dessen Gleichstellung in militärischer und politischer Hinsicht mit der Privatarmee des Herrn Hitler entschieden zurückgewiesen wird.

## Hitlers Märchen zerstört.

Eine Erklärung der Agence Havas.

Paris, 15. April.

Die Agentur Havas gibt in einer Berliner Meldung Erklärungen wider, die Adolf Hitler heute vor Vertretern der angelsächsischen Presse über die Auflösung seiner Sturmabteilungen abgegeben hat, und hebt die Stelle hervor, in der Hitler behauptet, daß die Auflösung auf Ersuchen Frankreichs erfolgt sei, und daß im Juli vorigen Jahres der Reichskanzler bei seinem Besuch in Paris der französischen Regierung ein solches Versprechen gegeben habe.

Der Berliner Korrespondent der Agentur Havas bemerkt zu diesen Behauptungen: Nicht nur nicht hat die Reichsregierung im Juli irgendein Versprechen dieser Art der französischen Regierung gegeben, sondern sie hat sogar eindeutig erklärt, daß sie irgendeine derartige Verpflichtung nicht übernehmen könne. Wir glauben versichern zu können, daß weder im Juli noch später zwischen Frankreich und Deutschland irgendeine Aussprache über die innenpolitische Lage Deutschlands stattgefunden hat, die im geringsten eine Geschichte rechtfertigen könnte, die zum Zweck einer nur zu offensichtlichen innenpolitischen nationalsozialistischen Propaganda erfunden ist.

## Schieberkönig Kreuger.

Doppelbeleiung deutscher Grundstücke.

Stockholm, 15. April.

„Svenska Dagbladet“ gibt das Gerücht wieder, die Arbeit der Untersuchungskommission des Kreuger-Konzerns habe ergeben, daß außer den großen Betrügereien mit italienischen Staatsobligationen eine doppelte Beleihung von Grundstücken in Höhe von etwa 100 Millionen Kronen erfolgt sei, und zwar von Grundstücken in Deutschland. Im Besitz von Kreuger seien u. a. wertvolle Grundstücke im Zentrum von Berlin.

## Die gefälschten Italienpapiere gefunden.

Stockholm, 15. April.

Nach Pressemeldungen besteht kein Zweifel mehr darüber, daß von Kreuger tatsächlich italienische Staatsobligationen im Werte von weit über 300 Millionen Kronen hat drucken lassen. Die Obligationen wurden in einem geheimen Gewölbe gefunden. Einer der Unterschriftenamen ist auf verächtliche Weise geschrieben. Die Obligationen sind angeblich nicht als Bankkapital verwendet und auch nicht unter den Aktiven aufgeführt worden; ihre eigentliche Aufgabe soll darin bestanden haben, bei den Kreditverhandlungen als stille Reserve zu dienen. Kreuger soll bei Gesprächen und Verhandlungen darauf hingewiesen haben, aber stets unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit, die er mit den großen politischen Interessen begründete, die auf dem Spiele stünden.

## Große Effektenschiebungen.

Verhaftungen im Rheinland.

Düsseldorf, 15. April. (W.F.B.)

Die Devisenbewirtschaftungsstelle ist großen Effektenschiebungen auf die Spur gekommen. Hochwertige deutsche Wertpapiere im Betrag von mehreren Millionen Mark sind in letzter Zeit aus dem Auslande nach Deutschland gebracht und an kleine Banken des Rheinlandes von Strohmannern veräußert worden, so daß der Erlös, dessen Höhe noch nicht feststeht, auf unberechtigte Weise ins Ausland gelangt ist. Ein sogenannter Bankvertreter und einer seiner Strohmannen wurden verhaftet; ihr Vermögen ist beschlagnahmt worden.

Die Ermittlungen erstrecken sich über das ganze Reich bis nach Berlin. Bei dem sogenannten Bankvertreter handelt es sich um den Prokuristen einer Bankfirma, der nach längerem Aufenthalt in Holland wieder nach Deutschland zurückgekehrt war. Bei den Wertpapieren handelt es sich um IOB-Farben-Aktien, Reichsbankanteile und Reichsbahnbande. An Hand von Telefonzetteln konnten die Beziehungen der Beschuldigten zu holländischen Banken und Privatleuten einwandfrei festgestellt werden.

# Berlins Notruf

Maßnahmen des Reiches dringend erforderlich

Wie wir bereits gemeldet haben, hat Reichskanzler Dr. Brüning inmitten anderer wichtiger politischer Beratungen und Besprechungen gestern auch kurz vor seiner Abreise nach Genf noch den Oberbürgermeister und den Kammerer der Stadt Berlin empfangen. Es handelte sich bei dieser Besprechung im weitestlichen um folgende Fragen:

Die Aufstellung eines ordnungsmäßigen Haushaltsplans und die Vorlegung eines ausgeglichenen Etats an die Stadtordnungsversammlung ist solange nicht möglich, als nicht durch Maßnahmen des Reiches die Gewähr dafür

gegeben ist, daß die schweren Belastungen durch die Wohlfahrts-erwerbslosen ihren Ausgleich finden. Das ist nicht nur ein Berliner Problem, aber diese Frage ist für Berlin mit seinen hunderttausenden von Wohlfahrts-erwerbslosen von besonderer Bedeutung. Es findet übrigens, wie wir hören, heute eine Vorstandssitzung des Deutschen Städtelages statt, die sich auch mit dieser Frage beschäftigen wird, insbesondere damit, ob und in welcher Form die deutschen Städte angesichts der noch völlig ungeklärten Situation ihre halb fertigen Haushaltspläne zur Genehmigung vorlegen können.

# Reichsgeld für Nazipropaganda

Der Skandal der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zeigt nach der Auflösung der SA ihre nationalsozialistische Tendenz ganz offen. Es ist verständlich, daß der Schmerz der Scharfmacher, die nun erkennen, daß ihre Finanzierung der SA eine Fehlleistung war, in der „DAZ“ ihren Ausdruck findet. Nicht verständlich ist es, daß diese Zeitung, die offen nationalsozialistische Propaganda betreibt, indirekt mit Reichsgeldern ausgehalten wird.

Die Beziehungen zwischen Reichsbahn und „DAZ“, das Bestehen von Reichsbahnmassenabonnements sind bekannt. Technisch, womöglich noch engere Beziehungen bestehen zwischen der Hapag und der „DAZ“.

Die Beziehungen zwischen Hapag und „DAZ“ bestehen seit dem Jahre 1927. Damals übernahm die Hapag aus der Stinnes-Masse Anteile der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, später hat sie ihren Einfluß noch verstärkt. Die Haltung der „DAZ“ ist seitdem von den Weisungen des Generaldirektors Cuno abhängig, der der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Norddeutschen Buchdruckerei ist.

Auch die Hapag hat wie die Reichsbahn eine große Anzahl von

Exemplaren der „DAZ“ abonniert, die den wirklichen Bedarf der Hapag bei weitem übersteigen.

Die Hapag hat vor vier Wochen eine Millionen-subvention vom Reich erhalten. Eine vom Reich subventionierte Gesellschaft betreibt also nationalsozialistische Propaganda!

Die Hapag versucht weiter, durch die „DAZ“ auf das Reichsverkehrsministerium einzuwirken. Das Reichsverkehrsministerium hat im Rahmen der Nationalisierung- und Sanierungsmaßnahmen bei der Hapag entscheidenden Einfluß auf die Bestellung von acht Aufsichtsratsmitgliedern. Diese Aufsichtsratsmitglieder möchte sich Herr Cuno selbst aussuchen.

## Deterdinggeld für die SA?

In der „D. Z.“ wird auf die engen Beziehungen zwischen dem englischen Zeitungsfürsten James Lord Beaverbrook und dessen Freund Henry Deterding hingewiesen. Das Blatt schlussfolgerte aus diesen Beziehungen, daß sowohl Beaverbrook als auch Deterding in den letzten Jahren immer wieder größere Mittel für die Hitler-Bewegung zur Verfügung stellten.

## Der Revolutionär



„Ich habe am 10. April für Hitler gestimmt, um eine wahrhaft revolutionäre Situation zu schaffen!“

## Feuer nach Brandstiftung.

Der Täter erhängt sich.

In der vergangenen Nacht entdeckte der Wächter auf dem Grundstück Küsternallee 9 in Rahlsdorf, daß in einem Schuppen Feuer ausgebrochen war und benachrichtigte Feuerwehr und Polizei. Das Feuer sprang zwar noch auf eine in der Nähe gelegene Laube über, konnte dann aber gelöscht werden. Die anderen daneben befindlichen Häuser wurden gerettet. Die Untersuchung des Brandherdes ergab, daß zweifellos Brandstiftung vorlag. Man fand in dem einen Schuppen noch Reste von Betteln. Als sich die Wutregung nach dem Brande gelegt hatte, fiel es auf, daß der Schwiegervater, der 64 Jahre alte Invalide Wilhelm Buchholz, fehlte. Man suchte ihn überall und fand ihn in einer Nachbarslaube, wo er sich an einem Stricke erhängt hatte. Der alte Mann, der sich häufig mit seinem Schwiegersohn zankte, hatte — wie sich herausstellte — seine Beine in den Holzschuppen gesteckt, das Feuer entzündet, war dann über einen Zaun gelaufen und hatte vom Nachbargrundstück aus die Löscherprobe beobachtet. Er glaubte wohl, daß das Feuer auch noch weiter um sich greifen würde. Dann erhängte er sich.

## Kautionschwindel aufgedeckt.

Betrug mit der „Deutschen Krankenkassen-Versicherung“.

Durch die Aufmerksamkeit einiger Stellungsuchenden ist in Berlin ein umfangreicher Kautionschwindel aufgedeckt worden. Ein Hochstapler, der sich Dr. Kallmann nannte und erst ganz kurze Zeit in Berlin weilte, war an hunderte von Stellungsuchenden Kaufleuten usw. herantreten, um ihnen gegen Stellung von je 3000 M. Kautions eine Beschäftigung innerhalb der „Deutschen Krankenkassen-Versicherung“ zu geben. Die Leute erkundigten sich aber

und kamen dabei dem Betrug auf die Spur. Der Schwindler wurde in einem Hotel in der Stresemannstraße ermittelt und festgenommen.

Kallmann, der richtig als ein gewisser Richard Schwarz aus Dresden festgestellt wurde, hatte mit hochtrabenden Worten von der obengenannten Versicherungs-Institution gesprochen. Er gab sich als Direktor der Gesellschaft aus und suchte für diese Kautions-fälliger und Betreuer. Da die betreffenden Personen täglich bedeutende Summen in die Hände bekommen, sollten sie aus diesem Grunde eine Kautions von je 3000 M. zahlen. Der Schwindler war bereits mit mehr als hundert Interessenten in Verbindung getreten. Einige von ihnen waren aber glücklicherweise gründlich und erkundigten sich nach der genannten Versicherung. Als sie nun von diesem „Kaufgebäude“ erfuhren, erstatteten sie sofort Anzeige bei der Kriminalpolizei, die die Nachforschungen nach dem Betrüger aufnahm. Der Gauner war ganz gerissen vorgegangen. Er hatte einen Teil der Stellungsuchenden in den Vormittagsstunden zu sich bestellt, den anderen „fertigte er ab“ an den Nachmittagen. Die Kriminalpolizei sahnete jetzt nach ihm und ermittelte ihn gestern in dem Hotel. Durch die rechtzeitige Erkenntnis einiger Interessenten ist den übrigen eine schwere Schädigung erspart geblieben.

## 32 000 Obdachlose im Savegebiet.

Furchtbare Ueberschwemmungskatastrophe in Südslawien.

Belgrad, 15. April.

Die Ueberschwemmungen in Südslawien nehmen immer gefährlichere Ausmaße an. Außer Save und Theiß ist jetzt auch die Donau über die Ufer getreten, so daß das Wasser von allen Seiten die Tiefebene im Norden des Landes übersutet. Das Wasser steigt so rasch, daß mehrere Dörfer nicht geräumt werden konnten. Das Schicksal der Bevölkerung ist ungewiß. Im Savegebiet ruhten weitere 17 000 Menschen ihre Helmschichten verlassen, so daß jetzt die Zahl der Obdachlosen in diesem verhältnismäßig kleinen Abschnitt allein 32 000 beträgt. Der Wasserstand der Theiß ist um eineinhalb Meter höher als der seit Menschengedenken verzeichnete Höchststand. In ganz Südslawien fällt ununterbrochen Regen und Schnee. Mehrere 10 000 Menschen arbeiten fieberhaft an der Verstärkung der Dämme.

## Vulkanausbruch im Kaspiischen Meer.

15 Personen ums Leben gekommen.

Ein Vulkanausbruch wird von der 30 Meilen von Baku entfernt gelegenen Insel Sulwoi im Kaspiischen Meer gemeldet. Nach den ersten Berichten sind 15 Personen ums Leben gekommen. Die Befahrung eines in der Nähe liegenden Dampfers hat sofort eine Rettungsaktion für die gefährdeten Bewohner der Insel eingeleitet. Achtehn Personen, die schwere Brandwunden erlitten haben, wurden an Bord des Schiffes gebracht.

## Explodierende Gasgranaten / 12 Tote

Moskau, 15. April.

Eine schwere Explosion ereignete sich in einer Munitionsfabrik in Kasan, während des Transports einer großen Menge Gasgranaten. Das den explodierten Granaten entstehende Gas verdrängte sich über die ganze Fabrik und vergiftete eine große Anzahl Arbeiter. 12 Arbeiter sind bereits den Vergiftungen erlegen und 50 Schweren noch in Lebensgefahr.

## Bauarbeiterschiedspruch abgelehnt.

Der am 4. April vom Berliner Schlichtungsausschuß gefällte Schiedspruch für das Berliner Baugewerbe mit einer neuen Lohnkürzung von 10 Proz. ab 1. Mai ist von den Arbeitern und den Unternehmern abgelehnt worden.





# Zehn Fragen - Zehn Lügen

## Entlarvung eines kommunistischen Wahlschwindels

Die Kommunisten haben in Flugblättern und der „Koten Fahne“ sogenannte „Zehn Fragen an die S.P.D.-Wähler“ gestellt. Diese Fragen gründen sich auf angebliche Zahlen des preussischen Haushalts. Wir können hierzu feststellen: daß es sich um ungewöhnlich plumpe und gemeine Fälschungen handelt. Teils sind die von den Kommunisten behaupteten Zahlen absoluter Schwindel, teils beziehen sie sich auf andere Gegenstände als die von den Kommunisten angeführten, teils ist die Vergleichsmethode der Kommunisten derart willkürlich und irreführend, daß auch sie einer planmäßigen Fälschung gleichkommt.

Mit ihrem Lügenkampf gegen die Regierung Braun-Severing entpuppen sich auch hier einmal wieder die Kommunisten als die Vahnbrecher des Faschismus, genau wie beim schwarzweißen Volksentscheid 1931, wo sie den Stahlhelm und die Nazis unterstützten, und wie bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April, wo mehr als eine halbe Million Kommunisten Hitler wählten.

Vor nachstehenden lesen wir den Schwindel der Kommunisten an Hand des echten Zahlenmaterials auf. Natürlich müssen unsere Leser eins beachten: Ein Schwindel läßt sich mit viel kürzeren Worten behaupten als widerlegen, zumal wo es sich um kompliziertere Zusammenhänge handelt, wie z. B. die Zuständigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden, die bei den nachstehenden Fragen eine wesentliche Rolle spielt und auf deren Verschleiерung ein großer Teil des kommunistischen Schwindels beruht. Wir beantworten Frage um Frage:

### 1. Der Polizei-Schwindel

In ihrer ersten Frage behaupten die Kommunisten, daß der Polizeetat von 103 Millionen im Jahre 1913 auf 451 Millionen im Jahre 1932 gestiegen sei.

Geflücht! Sie haben kurzerhand den gesamten Innenetat, Verwaltung usw. den Polizeikosten gleichgestellt. Die Kosten der Polizei betragen im Etat für 1932 nicht 451 Millionen, sondern 311 Millionen. — Unterschied 140 Millionen!

Zum Vergleich mit dem Polizeetat nennen die Kommunisten Zahlen des Bahnhafetsats. Aber hier hätten sie sich — auf halber Wege — den Vergleich mit 1913 anzustellen. Aus welchem Bereich müßte nämlich der Befehl stammen?

daß der Wohlfahrtsetat in der Republik prozentual viel härter gewachsen ist als der Innenetat, nämlich von ganzen 19 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 231 Millionen Mark im Jahre 1931!

Das verschweigen die Kommunisten! Statt dessen erzählen sie nur, daß im Jahre 1932 der Wohlfahrtsetat gegen 1931 gestiegen ist. Das ist richtig, erklärt sich aber aus der reichsgesetzlich verfügten Senkung der Hauszinssteuer, infolge derer Preußen gezwungen war, die öffentliche Bautätigkeit erheblich einzuschränken (vgl. auch Nr. 5).

### 2. Die Hunde-Lüge

Die Kommunisten behaupten, daß Preußen bei 745 Polizeihunden pro Hund und Monat für Verpflegung 51 M. ausbebe, d. h. mehr als für einen ledigen Unterhaltungsgefangenen! Gelogen wie gedruckt! Die monatlichen Unterhaltungskosten pro Hund betragen nicht 51, sondern ganze 9 M., also noch nicht den fünften Teil dessen, was die Kommunisten schwindeln. Um ihre seltsame Zahl zu erreichen, gehen sie erstens nur 745 Polizeihunde an, während sich in Wirklichkeit 3253 Hunde in die Etatsumme teilen, ferner rechnen sie die Kosten der Hundeführer in die „Verpflegung“ der Hunde ein!

### 3. Die Kinder-Lüge

Es wird zunächst behauptet, daß der preussische Staat 3150 M. pro Pflanzstelle Zuschuß zahlt. Diese Zahl ist maßlos übertrieben. Richtig ist nur, daß der Staat durch ein Gesetz, das vom Sonntag im Jahre 1924 gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen worden ist, verpflichtet ist, für die Pflanzstellen Zuschüsse zu zahlen, die aber für 1932 um 11 1/2 Millionen niedriger sind als die Kommunisten behaupten.

Im Gegensatz hierzu wird behauptet, daß für Kinderpeisung nur 6 Pf. pro Kind von Preußen gegeben würden. Ein raffiniert-bösartiger Schwindel!

Die Kinderpeisung wird nicht vom Staat, sondern von den Gemeinden durchgeführt, die hierfür hohe Beträge aufbringen.

Die im preussischen Etat eingestellte Summe von 250 000 M. dient lediglich zur Unterstüzung einzelner besonders leistungsschwacher Gemeinden, bezieht sich also nur auf einen ganz geringen Bruchteil der preussischen Schulkinder.

### 4. Die Pferde-Lüge

Nach kommunistischer Behauptung schenkt die Preußenregierung den Rennsportvereinen jährlich 6 Millionen Mark. Die Wahrheit sieht so aus: Die Rennwettvereine

föhren jedes Jahr 20 Millionen Mark Rennwettsteuer an den Staat

ab und erhalten davon 6 Millionen Mark für die Veranstaltung der Pferderennen zurückgelassen, so daß dem Staate 14 Millionen Reberschuß nachfließen. Ohne diese 6 Millionen kämen keine Pferderennen stattfinden und es müßte natürlich der Staat auch nicht die 14 Millionen Uberschuß aus der Rennwettsteuer haben!

### 5. Die Hauszinssteuer-Lüge

Preußen soll angeblich den Hausbesitzern durch Senkung der Hauszinssteuer 160 Millionen Mark schenken. Die Senkung der Hauszinssteuer ist nicht von der Preußenregierung, sondern von der

Reichsregierung durch Notverordnung verfügt worden. — Im übrigen hat Preußen, was die Kommunisten verschweigen, von allen Ländern den prozentual höchsten Anteil der Hauszinssteuer, nämlich 36 Proz., für Wohnungsbau verwendet. Preußen hat bei Beendigung der Inflation, also seit 1924, mehr als 1 1/2 Millionen Wohnungen erstellt, und zwar zum weitaus größten Teil mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln.

### 6. Die Subventions-Lüge

2 Milliarden Subventionen soll die Preußenregierung an Industrie und Agrarkapitalisten gezahlt haben. Die Zahl ist maßlos übertrieben. Hätte Preußen wirklich 2 Milliarden aufbringen können, so gäbe es heute in Preußen eine sehr viel geringere Arbeitslosigkeit. Subventionen, d. h. Kredite in der Form von Darlehen, sind nämlich ausschließlich gegeben worden,

um die Schließung wertvoller Betriebe und damit die Entlassung von deren Arbeiterkräften zu verhindern.

z. B. an die Schichau-Werft, Eiding, an den niederschlesischen Bergbau, an den Siegerländer Bergbau. Gerade die Arbeiterchaft dieser Gegend hat es freudig begrüßt, daß der Staat die Weiterbeschäftigung wenigstens eines Teils von ihnen ermöglicht hat.

Eins namentlich verschweigen die Kommunisten auch hier: Die berühmten Russenanträge konnten der preussischen Industrie nur dadurch zugestimmt werden, daß der preussische Staat die Ausfallbürgschaft für diese Aufträge, und zwar bisher in Höhe von mehr als 300 Millionen Mark übernommen hat.

### 7. Die Streik-Lüge

Nach kommunistischer Behauptung unterjücht die preussische Polizei in Wirtschaftskämpfen die Agrarier und Unternehmer. Die Wahrheit: Schon im Jahre 1919 und 1920 haben die Agrarier einen Sturm gegen den damaligen Landwirtschaftsminister Otto Braun entfesselt, weil er sich geweigert hat, die Streiks der pommerischen Landarbeiter mit Polizeigewalt zu unterdrücken und weil er im Winter 1919/20 durch Notverordnung

die Großgrundbesitzer gezwungen hat, die Aussperrung ihrer organisierten Landarbeiter rückgängig zu machen.

Damals erklärte Otto Braun in der Sitzung des Landtags vom 4. Februar 1920: „Die Regierung wird und darf nicht dulden, daß den Landarbeitern durch brutalen wirtschaftlichen Druck das Koalitionsrecht verflümmert wird. Es wird dafür gesorgt, daß in Pommeren alle Kündigungen aufgehoben werden und nicht zur Ausführung kommen.“

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin hat im Jahre 1927 durch Erlaß ausdrücklich die Polizei darauf hingewiesen, daß es nicht ihre Aufgabe sei, in Wirtschaftskämpfen einzugreifen und daß das Aufstellen von Streikposten nicht zu beanstanden, sondern erlaubt ist. — Kechnische Polizeierlasse sind noch zahlreich ergangen.

### 8. Die SA.-Lüge Nr. 1

Die Kommunisten fragen, warum Severing nicht das gesamte

Material über die illegale Tätigkeit der SA. veröffentlicht. Die SPD. weiß sehr wohl, daß dieser Teil des Materials von Severing dem Oberreichsanwalt zwecks Einleitung eines Hoch- und Landesverfahrens überreicht

worden ist und daß Severing sich durch die Veröffentlichung dieser Dokumente, die bereits einen Aktienbestandteil eines schwebenden Strafverfahrens bilden, sich nach dem Gesetz strafbar machen würde.

### 9. Die SA.-Lüge Nr. 2

Hier beschwerten sich die Kommunisten, daß im Gegensatz zum R.V. die hitlerische SA. nicht verboten sei. Das soeben auf Betreiben Preußens, Bayerns und Württembergs ergangene Verbot der SA. für das ganze Reich gibt hierauf die treffende Antwort und den Fragern eine schallende Ohrfeige.

### 10. Die Standesherrn-Lüge

Hier werfen die Kommunisten der preussischen Regierung vor, daß sie in den Jahren 1929 und 1930 freiwillig an die adligen Standesherrn etwa 11 Millionen Abfindung gezahlt habe. Die Wahrheit: Preußen ist nach der Inflation

durch Urteile des Reichsgerichts gezwungen worden, die standesherrlichen Renten, die etwa 2 Millionen Mark im Jahr betragen, voll aufzuwerten.

Auf Betreiben Preußens hatte das Reich ein besonderes Aufwertungsgesetz erlassen, durch das diese Renten nur auf 8 bis 25 Proz. aufgewertet wurden. Gleichzeitig bekam Preußen die Möglichkeit, durch eine einmalige Abfindung in Höhe des zwanzigfachen Aufwertungsbetrages die „ewig“ laufenden Renten abzugelten.

Von diesem Recht hat Preußen Gebrauch gemacht, und durch Zahlung von insgesamt etwa 10 Millionen Mark die Gesamtheit dieser Renten abgelöst, so daß dieses vorinkassierte Institut sein Ende gefunden hat! Billiger konnte nach der Rechtslage Preußen von seiner Verpflichtung nicht loskommen. Freiwillig und über das hinaus, was das Reich ihm vorschrieb, hat Preußen keinen Pfennig gezahlt!

Es steht die Wahrheit über den kommunistischen Schwindel aus. Wir haben dabei im Interesse der Kürze noch manche Einzelheiten fortgelassen, durch die noch viele interessante Schlaglichter auf die kommunistische Schwindelmethode hätte geworfen werden können. Aber bereits das Angeführte wird unseren Lesern den vollen Beweis erbringen, daß niemals so unverschämte, so dummdreiste und so widerwärtig gelogen worden ist zu dem einzigen Ziel, eine republikanische Regierung heranzureifen. Am 24. April gebe jeder diesen Helfershelfern des Faschismus die gebührende Antwort:

# Liste 1 Braun-Severing!

## Was ist national?

Grundsätzliche Bemerkungen zu unserer Zeit.

In der Großen französischen Revolution (wir folgen hier Zieglers Darstellung in seinem Buch „Die moderne Nation“ (Verlag Mohr, Tübingen), soweit wir mit ihm im Analytischen übereinstimmen) gewinnt Idee und Wirklichkeit der modernen Nation ihre vollendete Form. Siehe's definiert die Nation in seiner berühmten Schrift: „Was ist der dritte Stand?“ folgendermaßen: „Was ist eine Nation? Eine Gesamtheit von vereinigten Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz stehen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten sind... Die Nation ist vor allem anderen das, sie ist der Ursprung von allem. Ihr Wille ist immer gesetzmäßig, sie ist selbst das Gesetz.“ Die souveräne Nation wird hier ganz offenbar zum obersten politischen Gestaltungsprinzip.

Jede Gruppe, die die Regierungsgewalt ergreift, muß ihre Herrschaft im Namen der Nation legitimieren. Das Volk des Vaterlandes erhebt den Kopf Dantons und auch Robespierre wird mit dem gleichen Argument gestürzt. Die französischen Revolutionskriege verstärken dieses neue Prinzip politischer Geschahenseinheit. Mit vollem Recht schreibt Ziegler in diesem Zusammenhang: „Die Revolutionierung der außenpolitischen Sphäre, in der nun der Wille der Nationen und nicht das Recht der Staaten entscheiden soll, kündigt sich an. Die Revolution nähert sich dem Stadium reiflicher Nationalisierung, und 1793 schreitet das neue nationale Frankreich zum Angriffskrieg gegen ganz Europa... Von jetzt ab hat dieses, den Aufbau der politischen Wirklichkeit bestimmende Prinzip soziale Geltung und ist zu einem mitbestimmenden Faktor des politischen Geschehens geworden. Der weitere Verlauf dieser Entwicklung, die napoleonische Ära, das spätere 19. Jahrhundert und schließlich die neue Sukkination (Höhepunkt) in der Proklamation des Selbstbestimmungsrechts der Nationen im Weltkrieg ist die Geschichte des endgültigen Durchsetzens der modernen Nation.“

Diese Geschichte kann hier nicht aufgezeigt werden, da es sich für uns nur um die Erkenntnis des Prinzipiellen handelt. Nur auf ein Moment ist an dieser Stelle noch hinzuweisen: die napoleonische Ära zeigt, daß die moderne Nation als politische

Geschahenseinheit durchaus nicht an ein demokratisches Regierungsprinzip gebunden ist, wenn auch bürgerlich-demokratische Faktoren zu Beginn der Französischen Revolution entscheidend mitwirkten.

Die Wirksamkeit des nationalen Prinzips ist heute keineswegs abgeschlossen. Der Ausgang des Weltkrieges hat starke neue nationale Bewegungen mobilisiert, die sich auch auf außereuropäische Gebiete ausgebreitet haben; es mag hier genügen, auf die nationalen Bewegungen in China und Indien zu verweisen. Dagegen zeigt die Entwicklung vor allem in Deutschland, daß das nationale Prinzip mit dem demokratischen Prinzip in einer starken Spannung steht; die scharfen sozialen Gegensätze werden durch die Erschütterung der Weltwirtschaftskrise noch besonders verschärft. Diesen Schwierigkeiten müssen wir in den ihnen eigentümlichen Ursachen nun noch näher nachgehen. Deutschland wird in seiner nationalen Einheit im Gegensatz zu Frankreich und England durch seine geistigen Führer bestimmt: in der deutschen Romantik durch Goethe, Schiller und Wilhelm von Humboldt wird die Deutsche Nation-Idee zu einer Zeit zum ersten Male aufgestellt, in der innerhalb der staatlichen Organisation noch die Kleinsten und Kleinsten dynastischen Interessen vorherrschten. Nur so ist es zu verstehen, daß die Idee der nationalen Einheit in Deutschland mehr von der Seite der kulturellen Einheit her geprägt wurde. Diese deutsche Kulturidee (es ist bezeichnend, daß das deutsche Wort Kultur in der französischen Sprache nicht gleichbedeutend ausgedrückt werden kann) war die Idee einer privilegierten Bildungsschicht, die die Massen nur mittelbar ergriff und sich im Laufe des 19. Jahrhunderts erst in einer verflachten und abgewandelten Form (durch Schule und Universität) nach und nach durchsetzte. Inzwischen bildete die deutsche Kulturidee, namentlich durch die sogenannte historische Schule (Ranke, Savigny usw.) auf den verschiedensten Gebieten des Geisteslebens den Sinn für das historisch Gemordene und das historisch Einmalige mit einer Feinheit aus, die andere europäische Völker kaum ähnlich entgegenzusetzen haben:

Der deutsche Geist drang in die letzten Tiefen menschlicher Selbstbestimmung ein, so ohnmächtig er aller politischen Wirklichkeit gegenüber verblieb.

Erst Lorenz von Stein, Karl Marx und später Max Weber

